

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

## AKTUELL

### Bern: Umbau des Steuersystems verschoben

Der Schweizer Ständerat hat einen Umbau des Steuersystems auf die lange Bank geschoben. Der Umbau hätte Grossverdiener entlastet, kleinere Einkommen aber tendenziell stärker zur Kasse gebeten. Einstimmig abgelehnt hat der Ständerat am Mittwoch die Volksinitiative für die Abschaffung der direkten Bundessteuer.

### Europa-Debatte soll nicht verschoben werden

Der Schweizer Nationalrat will die für nächste Woche geplante Europa-Debatte nicht aus Rücksicht auf die laufenden Verhandlungen mit der EU aufschieben. Ein entsprechender Antrag von François Loeb (FDP/BE) wurde mit 87 zu 74 Stimmen verworfen. Loeb beantragte, die für den kommenden Mittwoch angesetzte Behandlung der SD- und Lega-Initiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk» zu verschieben. Es mache keinen Sinn die bilateralen Verhandlungen in der kritischen Schlussphase mit einer Integrationsdebatte zu belasten. Es sei nicht Aufgabe des Parlaments, dem Bundesrat Steine in den Weg zu legen. Eine Diskussion solle erst stattfinden, wenn die Verhandlungsergebnisse vorlägen. Während Loeb bei FDP und einer Mehrheit der SVP Zustimmung fand, vermochten sich SP, CVP, LPS und GPS durchzusetzen, welche gegen einen Aufschub stimmten. Es gebe keine inhaltlichen Gründe für eine Verschiebung, eine solche wäre zudem unfair gegenüber den Initianten, sagte Peter Vollmer (SP/BE).

### Schweizer Wasserkraft-Gesetz verabschiedet

Der Schweizer Ständerat hat das revidierte Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkraft deutlich, aber mit etlichen Gegenstimmen gutgeheissen. Nachdem die Bergkantone zuvor eine Erhöhung des Wasserzinses auf 80 Franken durchgesetzt hatten, verwehrte ihnen der Rat die gewünschte Speicherzulage knapp. Die Gesetzesrevision passierte den Erstrat mit 29 gegen zehn Stimmen. Zu reden gab am Mittwoch vor allem die von den Gebirgskantonen zusätzlich zum Wasserzins verlangte Speicherzulage. Das Wasser in den Stauseen habe energiepolitisch einen besonderen Wert, indem es die Produktion von Elektrizität zu Spitzenzeiten erlaube, sagte Bruno Frick (CVP/SZ).

## Asylsuchende haben zum Handeln gezwungen

Entwurf für ein Asyl- und Flüchtlingsgesetz ist bis 15. Mai 1996 in die Vernehmlassung gegeben worden

(G.M.) – Die über dreihundert Flüchtlinge, die sich aus Ex-Jugoslawien im Fürstentum Liechtenstein aufhalten, haben die Regierung zum Handeln gezwungen. Die Behandlung der Flüchtlinge, die Asylgewährung und die Förderung der freiwilligen Rückkehr in die Heimatstaaten sollen nun erstmals in einem Gesetz festgelegt werden. Bisher hatten die Behörden nach den fremdenpolizeilichen Bestimmungen über den Aufenthalt von Ausländern gehandelt, die sich jedoch bei Asylsuchenden als zu wenig flexibel erwiesen.

Die bisherige Flüchtlingspolitik des Fürstentums Liechtenstein stütze sich auf das Internationale Abkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge sowie auf die Europäische Menschenrechtskonvention ab. Die praktische Umsetzung der in diesen Übereinkommen festgelegten Grundsätze ohne entsprechende Gesetzgebung stellte die Behörden immer wieder vor schwierige Aufgaben. In jüngster Vergangenheit machte sich im Zusammenhang mit den 1993 um Asyl bittenden Tibetern, deren Ausgangspunkt für die Einreise nach Liechtenstein immer noch nicht ermittelt werden konnte, die fehlende Asyl- und Flüchtlingspolitik bemerkbar, die sich im

Zusammenhang mit den Kriegsflüchtlingsen aus Ex-Jugoslawien fortsetzte.

Mit einem Asyl- und Flüchtlingsgesetz will die Regierung die Asylgewährung festlegen und strebt im Sinne der Flüchtlinge eine kurze Verfahrensdauer an. Ein kurzes Verfahren könne verhindern, gibt sich die Regierung in ihrem Bericht zur Gesetzesvorlage überzeugt, dass Liechtenstein als Asylland für Wirtschaftsfüchtlingsen und andere unechte Flüchtlinge nicht attraktiv wird. Der Gesetzesentwurf sieht eine Frist von 20 Tagen vor, bis das Verfahren im Falle eines Nicht-eintretens abgeschlossen sein soll. «Liechtenstein ist bereit», erklärte Regierungschef Dr. Mario Frick vor kurzem, «ausländische Flüchtlinge im Rahmen seiner Möglichkeiten aufzunehmen – bei der Aufnahme muss Rücksicht genommen werden auf den Anteil der Flüchtlinge in der Bevölkerung, auf soziologische Aspekte, auf den finanziellen Rahmen sowie auf eine minimale Akzeptanz in der Bevölkerung.»

Neben der Asylgewährung möchte die Regierung auch die vorübergehende Schutzgewährung regeln. Im Falle kriegerischer Ereignisse sollen Flüchtlinge für eine bestimmte Zeit aufgenommen werden können, ohne dem üblichen

Asylrechtsverfahren zu unterliegen. Die Entscheidung über die Aufnahme von Schutzbedürftigen soll nach Konsultation mit der Kommission für Flüchtlingsfragen sowie mit dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge gefällt werden. Nach Aufhebung der vorübergehenden Schutzgewährung und im Fall einer Wegweisung besteht für Flüchtlinge die rechtliche Möglichkeit, ein Asylgesuch zu stellen, sofern Gründe für eine Verfolgung bestehen.

Die Regierung plant die Errichtung eines Aufnahmezentrums für Flüchtlinge. Erst nach Abschluss des Asylverfahrens erhalten die Asylsuchenden die Möglichkeit, sich Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt zu beschaffen. Liechtenstein soll auf keinen Fall attraktiver werden als die Nachbarstaaten. Der Regierungschef gab in einem Interview zu verstehen, mit Restriktionen solle verhindert werden, dass Liechtenstein zu einem gesuchten Platz für Flüchtlinge werde: «Wir waren eine Weile lang attraktiver und haben vielleicht mehr durchgehen lassen als unsere Nachbarn. Deshalb sind einige Flüchtlinge gekommen, die gesagt haben, dass sie bei uns mehr Spielraum, mehr Privilegien hätten als in der Schweiz und in Österreich.»

## KOMMENTAR

Die VU blickt in die Zukunft. Dies verwundert nicht, denn der Blick in die Vergangenheit – in die jüngste oder die länger zurückliegende – zerstört das Bild der heilen Partei, die «weiter erfolgreich für Liechtenstein» sein will.

Den Film «Für Gott, Fürst und Vaterland» als Auseinandersetzung mit einer bewegten Vergangenheitsepoche scheuten nicht nur VU-Exponenten der damaligen Generation, sondern auch die sich sonst sehr wehmühsig gebenden «Enkel» bekundeten Mühe mit der Aufarbeitung dieses Abschnittes der Zeitgeschichte. Möglich, dass die VU-Enkel-Generation mit den geschichtlichen Fakten an sich umgehen

### Hat Stil, wer verschweigt?

könnte, doch wird sie wahrscheinlich der Kollektiv-Druck der Kaderpartei vom unbeschwerten Umgang mit den düsteren Kapiteln der Geschichte abhalten.

Aber auch die jüngste Vergangenheit belastet die VU-Exponenten, denn sonst hätten sie an ihrem Parteitag nicht sorgsam einen wesentlichen Zeitabschnitt einfach ausgelassen. Für die VU beginnt die Zeitgeschichte nach der Wahlniederlage erst beim Scheitern von Regierungschef Mafkus Büchel. «Nach dem politischen Debakel, das die FBPL 1993 dem Land bescherte», so VU-Parteipräsident Oswald Kranz, habe die VU in Liechtenstein wieder die «Stabilität und das Vertrauen in die Zukunft» hergestellt.

Die Staatskrise 1992, als das Fürstentum Liechtenstein haarscharf am Rande eines Abgrundes stand, ist aus dem politischen Blickfeld der VU-Politiker verschwunden. Hans Brunhart, jener Mann also, der die Staatskrise als damaliger Regierungschef heraufbeschwörte und das Handeln sowie das Verhandeln einer überparteilichen Initiativgruppe überliess, wurde am VU-Parteitag als «leuchtendes Beispiel» dargestellt und mit der VU-Ehrenmitgliedschaft für seinen «aussergewöhnlichen und unerreichten Einsatz» ausgezeichnet.

«Der Erfolgsgarant», der nach einer recht zweifelhaften Siegesfeier nach Beendigung der Staatskrise den Führerschein los und in der ausländischen Presse zum Gespött wurde, konnte die Ehrenmitgliedschaft erst nach einer Schamfrist entgegennehmen – die VU setzt bei ihrer eigenen Geschichte offensichtlich auf das Vergessen. Anders jedoch beim politischen Gegner: Unbelastet von der Tatsache, dass der «Fall Büchel» von einem neutralen Wissenschaftler aufgearbeitet wurde, polemisierte Regierungschef Mario Frick, die «damaligen Macher der FBPL» hätten weder Stil noch Konzept gehabt.

Hat Stil, wer verschweigt?

Günther Meier

## Bauern interessieren sich für «Ökologie in der Landwirtschaft»

Informationstagung des Landwirtschaftsamtes – Ausblick auf neue ökologische Landwirtschaft



Die Bauern zeigten gestern nachmittag in Balzers grosses Interesse an der Informationstagung des Landwirtschaftsamtes über «Ökologie in der Landwirtschaft». Die Informationsveranstaltung wird heute in Schaan und morgen in Gamprin fortgesetzt. Mehr darüber auf Seite 3 der heutigen Ausgabe. (Bild: vito)

## Für 1996 budgetiert öffentliche Hand in der Schweiz ein Defizit von 8,3 Milliarden

Voranschläge von Bund, Kantonen und Gemeinden – Bessere Rechnungsabschlüsse als erwartet – Kriterien der Währungsunion erfüllt

Bern (AP) Bund, Kantone und Gemeinden haben für 1996 wieder optimistischer budgetiert. Trotzdem wird ein Gesamtdefizit von 8,3 Milliarden Franken veranschlagt, wie der «Volkswirtschaft» zu entnehmen ist. Erstmals seit 1991 wären die Kriterien für einen Beitritt zur Währungsunion wieder erfüllt.

Die öffentliche Hand budgetiert gemäss den am Mittwoch in dem vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) herausgegebenen Magazin für 1996 um 4,9 Milliarden Franken besser als im Vorjahr. Diese Abnahme wird zu zwei Fünfteln auf die Verbesserung des Bundesbudgets zurückgeführt. Bei den Kantonen vermindert sich der erwartete Fehlbetrag um 1,6 Milliarden auf 2,6 Milliarden Franken und bei den

Gemeinden um 1,25 Milliarden auf 750 Millionen Franken.

Trotz einer allgemeinen Verbesserung verharren die Defizite nach Einschätzung von Jean-Pierre Witschard, Statistiker in der Eidgenössischen Finanzverwaltung, weiterhin auf sehr hohem Niveau. Es seien zahlreiche Anstrengungen notwendig, bis die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte überwunden sei.

Die für das laufende Jahr budgetierten Ausgaben liegen nach Abzug der Doppelzahlungen mit knapp 115 Milliarden Franken um ein Prozent über dem Vorjahresbetrag. Beim Bund beträgt die Zunahme 3,7 Prozent, bei den Kantonen 2,4 Prozent und bei den Gemeinden 1,3 Prozent. Die Einnahmen werden gegenüber dem Vorjahresvoranschlag um 6,1 Milliarden oder 6,1 Prozent höher budgetiert.

Diese Entwicklung wird laut «Volkswirtschaft» geprägt durch die Mehrwertsteuer und die Rückzahlung der Darlehen durch den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung (AIV). Unter Ausklammerung dieser Einnahmen beträgt der Zuwachs nur noch 3,5 Prozent. Beim Bund steigen die Einnahmen um 10,3 Prozent an, bei den Kantonen um 5,8 Prozent und bei den Gemeinden um 4,7 Prozent.

Diese Zahlen sind laut der «Volkswirtschaft» mit gewissen Vorbehalten zu interpretieren, da die Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte gegenüber dem Vorjahr um rund 4,5 Milliarden Franken besser ausfallen dürften. Nach dem Defizitrekord von 1993 scheinere in den letzten Jahren eine gewisse Entspannung eingetreten zu sein. Die Defizite

verharren aber auf einem sehr hohen Niveau, was sich auch in der Schuldenentwicklung niederschlägt. 1990 hätten die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden die 100-Milliarden-Grenze überschritten. Für Ende 1996 werde eine Gesamtschuld von 180 Milliarden Franken erwartet. Dies entspreche einer jährlichen Zunahme seit 1990 von 10,3 Prozent.

Der Anteil an den Schulden der öffentlichen Haushalte beträgt für den Bund für das laufende Jahr 46 Prozent, für die Kantone 32 Prozent und die Gemeinden 22 Prozent.

Laut «Volkswirtschaft» würde die heutige Situation den Budgetkriterien der Europäischen Union (EU) für den Beitritt zur Währungsunion erstmals seit 1991 wieder genügen.

Bellini Collection

vitra.

THONY

office

FL-9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16  
Tel. 075/237 41 41